

Vereinbarung

zwischen

DIE LINKE. Pankow, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Pankow und SPD Kreis Pankow
(im folgenden Partnerinnen genannt)

über

gemeinsam verfolgte Ziele und Projekte sowie die Wahl der Mitglieder des Bezirksamtes, die Geschäftsaufteilung des Bezirksamtes, die Zusammenarbeit der Fraktionen und die Wahrung des demokratischen Konsenses für die Dauer der VIII. Wahlperiode der BVV Pankow von Berlin

I. Ziele und Projekte

1. Stadtentwicklung und Infrastruktur

1.1. Pankows Wachstum gemeinsam gestalten

Die Partnerinnen sind sich darin einig, dass bei der Entwicklung der Wohnungsbaupotentiale das Ziel der sozialen Wohnraumversorgung und eine hohe städtebauliche Qualität der entstehenden Quartiere Vorrang haben vor quantitativen Zielgrößen. Die Wohn- und Lebensqualität angrenzender Wohngebiete soll sich im Zuge der Realisierung neuer Wohnungsbaustandorte verbessern. Die neuen Wohnungsbaustandorte sollen die gewachsene Stadt fortentwickeln und dazu beitragen, vorhandene Defizite auszugleichen. Die Zahl der entstehenden Wohnungen orientiert sich dabei auch an der real herstellbaren Leistungsfähigkeit der verkehrlichen und soziokulturellen Infrastruktur.

Die Partnerinnen stellen fest, dass Stadtentwicklung in Pankow weit über den Bestand und Wohnungsneubau hinausgeht. Es geht auch um wachsende Angebote für Schule und Bildung, Kindertagesstätten, Kultur, Sport, Gewerbe, Freizeit, Erholung, Verkehr, Gesundheit, Begegnung und Beratung und um die Versorgung mit dem täglichen Bedarf sowie technischer Infrastruktur. Hier kann die Chance genutzt werden, bestehende Mängel abzubauen und Angebote zu schaffen, die der wachsenden Bevölkerung gerecht werden.

Gleichzeitig vereinbaren die Partnerinnen, Parks und Grünflächen, Kleingärten und Spielplätze, Grünzüge und Landschaftsparks nicht nur zu erhalten, sondern dem Wachstum des Bezirks entsprechend zu entwickeln. Nachhaltige Stadtentwicklung und Qualität haben dabei Vorrang. Dafür werden die Entwicklungsplanungen auf Bezirksebene qualifiziert und mit den Fachplanungen abgeglichen (Wohnbaukonzept, Infrastrukturkonzept, Einzelhandelskonzept, Gewerbeflächenkonzept und sektorale Fachplanungen).

Die Partnerinnen werden eine interfraktionelle Arbeitsgruppe bilden, die für die einzelnen Ortsteile jeweils ein städtebauliches Leitbild entwickelt. Dabei haben die Ortsteile, in denen noch kein integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) erarbeitet wurde oder in Arbeit ist, Vorrang. Das Leitbild soll städtebauliche Ziele benennen, räumliche Schwerpunkte setzen, Maßnahmenvorschläge umfassen und Vorgaben für das Verwaltungshandeln, insbesondere einen Orientierungsrahmen für die Anwendung des § 34 BauGB, machen.

Ein verbindlicher Anteil von mindestens 30 % der Wohnungen mit bezahlbaren Mieten für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen und der Bau von barrierefreien Wohnungen und Wohnungen für Menschen mit besonderem Betreuungsbedarf sind Voraussetzung bei der Schaffung

von Bau- und Planungsrecht. Projekte mit einem Anteil von mindestens 50 % der Wohnungen mit bezahlbaren Mieten für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen haben Vorrang.

Für größere, neu zu entwickelnde Gebiete wird die Durchführung von städtebaulichen Wettbewerben vereinbart, um eine qualitativ hochwertige und innovative Stadtentwicklung zu erreichen. Begleitend dazu haben sich ISEK für die nähere Umgebung bewährt. Die von Neubauprojekten betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner angrenzender Wohnquartiere und Nutzerinnen und Nutzer von Kleingarten- und Siedlungsanlagen werden vor Festlegung von Untersuchungsgebieten und Planungszielen in die Erarbeitung der Rahmenbedingungen zur Entwicklung der Standorte einbezogen. Ihre Interessen- und Zielkonflikte sowie Verfahren der unterschiedlichen Stufen der Abwägungsprozesse werden transparent gemacht. Den Bürgerinnen und Bürgern wird über schriftliche Informationen Auskunft über alle anstehenden Verfahrens- und Abwägungsschritte sowie ihre Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten gegeben.

Die Partnerinnen vereinbaren die Entwicklung von Wohnungsbaustandorten im Bezirk Pankow auf Basis der bisherigen Beschlüsse der BVV, insbesondere Drucksache VII-1203, eine jährliche Berichterstattung sowie Entscheidungen über die Aufnahme weiterer Gebiete bei nachgewiesenem Neubaubedarf.

- i. **Güterbahnhof Greifswalder Straße:** Am Ziel der Errichtung von Wohnungen wird festgehalten. Die Herstellung eines Grünzugs von der Prenzlauer Allee bis in den Anton-Saefkow-Park wird in die Planungen integriert. Über Wege und Verfahren wird im Weiteren entschieden. Es wird ein städtebaulicher Wettbewerb mit Kindertagesstätte, Erweiterung der Grundschule zu einem Schulcampus, Grünzug sowie Handel, Gewerbe und Gastronomie durchgeführt, danach folgt die Rahmenplanung und das Bebauungsplanverfahren.
- ii. **Michelangelostraße:** Dieses Vorhaben bekommt Vorbildfunktion für soziales und ökologisches Bauen, denn der Bezirk kann hier die Rahmenbedingungen gestalten sowie die Mitnahme der Bürgerinnen und Bürger und maßvolle Verdichtung ermöglichen. Ein zu fast 100 % sozialer Wohnungsbau unterschiedlicher Bauträger soll mit begrünten Fassaden und Dachgärten optisch und klimatisch neue Maßstäbe setzen. Eine Schule und eine Kindertagesstätte sowie die Mischung von Einzelhandel, Gewerbe und Grünflächen gewährleisten, dass der neue Kiez lebendig wird. Nach Abschluss der vertiefenden Untersuchungen erfolgt die Einleitung des Bebauungsplanverfahrens.
- iii. **Pankower Tor – Rangierbahnhof Pankow:** Auf der Basis des unterschriftsreifen Städtebaulichen Rahmenvertrages werden die beiden geplanten Möbelmärkte, die bis zu 1.000 Wohneinheiten, eine Einzelhandelskonzentration mit einer Verkaufsfläche von bis zu 30.000 m² und zwei Schulen auf diesem Gelände entstehen. Zusätzlich zur bestehenden Anbindung an U- und S-Bahn sowie verschiedene Buslinien ist eine neue Straßenbahnlinie zur Erschließung dieses Gebietes und für die Verbindung von Pankow, Heinersdorf und Weißensee erforderlich. Das Bebauungsplanverfahren wird eingeleitet. Die Verkehrsuntersuchung wird abgeschlossen, eine Potentialuntersuchung und Verträglichkeitsanalyse zum Einzelhandel werden durchgeführt.
- iv. **Blankenburger Pflasterweg / Blankenburg Süd:** Die Partnerinnen werden die von der Senatsverwaltung eingeleiteten vorbereitenden Untersuchungen, Vor- und Rahmenplanungen sowie das Bebauungsplanverfahren gemeinsam begleiten. Darüber hinaus streben die Partnerinnen ein abgestimmtes Verfahren der Beteiligung zwischen Bezirk und Land im Einvernehmen mit den Bürgerinnen und Bürgern an.
- v. **Elisabethhau:** Es wird vereinbart, dass sich die Partnerinnen nach Vorlage des Koalitionsvertrages auf Landesebene zu den darin enthaltenen Vereinbarungen über die Elisabethhau neu verständigen.
- vi. **Heinersdorf:** Für die Entwicklung des Ortsteils wird im Jahr 2017 ein städtebaulicher Rahmenplan für das Ortszentrum unter Einbeziehung der Straßenführungen zur Verkehrslösung Heinersdorf erarbeitet, um den Ortskern umfassend zu beruhigen und städtebaulich umzugestalten. Der Umweltverbund erhält dabei Vorrang. Deshalb wird parallel für die unter

dem Arbeitstitel Straßenbahnlinie 54 angedachte Verbindung im Auftrag des Bezirks eine Kosten-Nutzen-Untersuchung erstellt. Beide Planungsaufgaben sind im 3. Quartal 2017 abzuschließen, damit sie für die Überarbeitung des STeP Verkehr und die weitergehenden Untersuchungen der für Stadtentwicklung zuständigen Senatsverwaltung mit Blick auf einen neuen Stadtteil Blankenburg-Süd vorliegen.

- vii. **Entwicklung von ehemaligen Kleingartenanlagen / Erholungsanlagen / Siedlungen:** Es wird vereinbart, gemeinsam mit der BIM für die Anlagen Schildow-Waldeck und Frohsinn einen Entwicklungsprozess hin zu vollständig erschlossenen Einfamilienhaussiedlungen einzuleiten. Für die sogenannte Stegesiedlung in Schönholz wird vereinbart, mit einer Machbarkeitsstudie die Vorbereitungen für ein Bebauungsplanverfahren zur Sicherung der Siedlungerschließung zu beginnen.

1.2. Soziales Erhaltungsrecht, Angemessenheit energetischer Sanierung, Belegungsbindung, Zweckentfremdung, Umwandlungsverordnung, Vorkaufsrecht

Die Partnerinnen vereinbaren, die Überprüfung neuer Gebiete für soziales Erhaltungsrecht fortzuführen und bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen auch neue Gebiete auszuweisen. Die bestehenden Gebiete werden pflichtgemäß überprüft.

Es wird vereinbart, die Kriterien für die Gebiete zu evaluieren und fortzuschreiben. Dabei hat die Angemessenheit energetischer Sanierung und die Entwicklung von weiteren Instrumenten gegen den Missbrauch der EnEV zur Mietervertreibung besondere Bedeutung.

Dem sukzessiven Rückgang von belegungsgebundenen Wohnungen in Pankow ist entgegen zu treten.

Die Zweckentfremdungsverbotsverordnung wird in Pankow künftig konsequent durchgesetzt. Die konsequente Anwendung der Umwandlungsverbotsverordnung und das Vorkaufsrecht werden wir als Instrumente zum Schutz der Bevölkerung vor Verdrängung einsetzen.

Die Partnerinnen setzen sich für die Erneuerung des Bündnisses für Wohnen im Bezirk mit kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften und auch Privaten für eine soziale Wohnungs- und Mietpolitik ein.

1.3. Öffentliches Grün schützen und entwickeln

Es wird vereinbart, die Kleingärten in Pankow weiterhin zu schützen und ggf. mit Bebauungsplänen planungsrechtlich zu sichern.

In Pankow wird das begonnene Konzept für einen »essbaren Bezirk« weiterentwickelt. Mit den Initiativen und Verbänden werden neue Formen des Gärtnerns in der Stadt sowie Dach- und Fassadenbegrünung gefördert.

Es wird vereinbart, durch Neu- und Nachpflanzungen von Straßenbäumen den Bestand an Bäumen mindestens zu erhalten und wenn möglich zu erhöhen.

1.4. Pankow mobil

Für die weitere Entwicklung der Mobilität haben der öffentliche Nahverkehr sowie der Fuß- und Radverkehr Priorität. Um Pankow zu einem fahrradfreundlichen Bezirk zu entwickeln, wird ein bezirkliches Radverkehrsnetz ggf. mit Fahrradschnellstraßen erstellt.

Die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum in Pankow soll weiter steigen. Die Partnerinnen verfolgen das Ziel einer Neuaufteilung des Öffentlichen Straßenraumes, ggf. auch durch den Rückbau von Stellplätzen. Die Partnerinnen werden Car Sharing und Elektromobilität auch außerhalb der Innenstadt fördern. Es wird ein Diskursverfahren zur Querverbindung Ost-West mit Vorrang des ÖPNV vereinbart. Die Verlängerung der A100 durch Pankow und sonstige Kapazitätserhöhungen für den Autoverkehr in innerstädtischen Bereichen lehnen die Partnerinnen ab. Beim Straßenbau wird das

bisherige Verfahren zur Beteiligung des Verkehrsausschusses der BVV bei Planungen einschließlich der Beschlussfassungen beibehalten.

Die Verlängerung und Neubau von Straßenbahnlinien, insbesondere M50 sowie die Verbindung Heinersdorf–Neu Blankenburg werden die Partnerinnen gemeinsam voranbringen. Darüber hinaus werden die Erhöhung der Taktzeiten der Straßenbahn auf stark frequentierten Linien sowie der Einsatz längerer Züge angestrebt (z.B. M1). Die Planungen des Bezirks zur Umsetzung der Linie M54 (Pankow–Heinersdorf–Pasedagplatz) werden gemeinsam vorgebracht.

Haltestellen sollen barrierefrei gestaltet werden. In weniger verdichteten Stadträumen wollen die Partnerinnen flexible Formen des Nahverkehrs z.B. Ruf- und Sammeltaxis fördern (Kiezbuslinie).

Der S-Bahnhof Buch soll zum Regionalbahnhof entwickelt werden. Ein Turmbahnhof am Karower Kreuz wird nicht angestrebt. Die Umsteigesituation am S-Bahnhof Greifswalder Straße soll verbessert werden. Die Partnerinnen setzen sich mit Nachdruck für die Wiederinbetriebnahme des westlichen Astes der Heidekrautbahn ein.

Die Partnerinnen wollen die Verkehrssicherheit weiter erhöhen. Dazu gehört die Fortsetzung der Maßnahmen zur Schulwegsicherung, die Fortsetzung und Beschleunigung der Gehwegsanierungen sowie der barrierefreie Umbau von Kreuzungen, u.a. durch Gehwegvorstreckungen. Für die Wohngebiete Flora- und Schlossparkkiez sowie das Komponistenviertel werden eine Verkehrsberuhigung und die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung geprüft.

Die Partnerinnen sind sich einig über die Notwendigkeit der Errichtung einer neuen Schwimmhalle für alle Nutzergruppen in der Wolfshagener Straße. Vor Fertigstellung der Schwimmhalle ist ein entsprechendes Verkehrskonzept zu entwickeln. Beim Nutzungs- und Verkehrskonzept für die Halle sollen die Bedürfnisse des Schul- und Vereinssportes berücksichtigt werden.

Die Partnerinnen prüfen für den Bereich Garbátyplatz eine Begegnungszone und führen dazu ein ergebnisoffenes Verfahren der Bürgerbeteiligung durch.

2. Finanzen und Personal

Die Partnerinnen werden die solide Haushaltspolitik des Bezirkes fortsetzen. Einschnitte in die soziale und kulturelle Infrastruktur des Bezirkes sowie solche zulasten von Angeboten für Kinder- und Jugendliche aus finanziellen Gründen sind zu vermeiden.

Es wird angestrebt, dass Pankow schnellstmöglich den Status des Konsolidierungsbezirkes verlässt und auch nicht wieder in diesen zurückfällt. Deshalb wird der mit Senat und Abgeordnetenhaus vereinbarte Konsolidierungspfad eingehalten. Die durch Bezirksamt und BVV zu beschließenden Bezirkshaushalte müssen ausgeglichen sein und den Haushaltsvorgaben des Landes entsprechen.

Alle finanziell wirksamen Vorhaben dieser Vereinbarung stehen daher unter einem entsprechenden Haushaltsvorbehalt.

Nach jetziger Einschätzung wird der kumulierte Verlustvortrag des Bezirkes spätestens 2018 abgetragen sein und es besteht dann die Aussicht, Haushaltsüberschüsse zu erwirtschaften. Damit Kürzungsnotwendigkeiten vermieden werden, sind ggf. erwirtschaftete Haushaltsüberschüsse für Ausgaben zu verwenden, die den Bezirkshaushalt in Folgejahren nicht belasten. Dies schließt z.B. eine Verwendung der Überschüsse für die unbefristete Einstellung von zusätzlichem Personal aus.

In der Haushaltsplanaufstellung soll kein technisches Durchreichen von Budgets erfolgen. Die Vorgaben für den Haushalt werden anhand der in dieser Vereinbarung getroffenen Schwerpunkte und Projekte gewichtet. Die Partnerinnen verabreden hierzu die gemeinsame Beratung vor dem Eckwertebeschluss des Bezirksamts.

Die Partnerinnen vereinbaren nach Kenntnis zusätzlicher Spielräume durch Haushaltsüberschüsse und weiterer Personalaufwuchsmöglichkeiten, über die jeweilige Verwendung vorab einen Konsens untereinander herbeizuführen.

Die Partnerinnen setzen sich auf Landesebene dafür ein, dass Pankow als der wachstumsstärkste Bezirk auch weiterhin in der AG Wachsende Stadt vertreten sein wird.

So wie Pankow wächst, muss auch die Verwaltung einschließlich der notwendigen Standorte wachsen. Die Partnerinnen setzen sich für einen bedarfsorientierten Stellenausbau, der dem zusätzlichen Personalbedarf durch die wachsende Stadt und den demografischen Wandel gerecht wird, ein.

Das Bezirksamt Pankow möchte ein attraktiver Arbeitgeber sein. Die Partnerinnen wollen das Personalentwicklungskonzept im Bezirk Pankow (Drucksache VII-1211) weiterentwickeln und fortschreiben.

3. Alle mitnehmen: Bürgerbeteiligung ausweiten und Integration

Die Partnerinnen sind sich einig in dem Ziel, alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, Bürgerinnen und Bürger so weit wie möglich die Entscheidungsgrundlagen und -prozesse von BVV und Verwaltung transparent und barrierefrei zugänglich zu machen. Das betrifft den vollständig barrierefreien Zugang zu allen Veranstaltungen und Publikationen der BVV und des Bezirksamtes sowie die Sicherstellung von Gebärdendolmetschern und Publikationen in leichter Sprache. Hierfür werden gemeinsame Initiativen erarbeitet, die diesem Ziel dienen.

Die Durchführung von anlassbezogenen Einwohnerversammlungen gehören ebenso zur Erreichung dieses Zieles, wie der Ausbau der digitalen und analogen Informationsangebote des Bezirksamtes. Dafür arbeiten wir an einem Konzept zur regelmäßigen Information aller Pankower Haushalte.

Partner für bürgernahe Information und Mitwirkung sind in den Ortsteilen bzw. Bezirksregionen vorhandene Strukturen wie Runde Tische, Bürgervereine, Zukunftswerkstätten oder Planungsraumkonferenzen. Sie werden, wo vorhanden, gezielt durch das Bezirksamt unterstützt. Wo solche Strukturen fehlen, sollen sie mit Akteuren vor Ort ins Leben gerufen werden. In den ggf. neu zu schaffenden »Ortsforen« können die Verwaltung und die Bewohnerinnen und Bewohner Pankows gemeinsam die Entwicklung ihres »Ortsteils« diskutieren und gestalten. Dazu wird die Organisationseinheit sozialraumorientierte Planungskoordination personell und sächlich verstärkt.

Dem vielfach gewachsenen Bedürfnis von Bürgerinnen und Bürgern nach Mitsprache an bezirklichen Entscheidungsprozessen wollen die Partnerinnen entsprechen. Dabei sollen Wege gefunden werden, die eine Mitwirkung für alle ermöglichen und diese nicht von sozialem Status, Geschlecht oder Herkunft abhängig macht.

Dafür soll der in der abgelaufenen Legislaturperiode begonnene Prozess der Entwicklung von Leitlinien für Bürgerbeteiligung, Information und Konsultation fortgesetzt und bis spätestens Ende 2017 über eine gemeinsame Antragsinitiative in Auswertung von beispielgebenden Formaten in Ergebnisse überführt werden. Die zur Umsetzung erforderlichen zusätzlichen Sach- und Personalkapazitäten werden die Partnerinnen nach Maßgabe der haushalterischen Möglichkeiten bereitstellen.

Die Partnerinnen prüfen die Möglichkeiten zur Einführung eines Bürgerhaushaltes in Pankow.

Die Partnerinnen sind sich einig in der Notwendigkeit, das Ehrenamt in Vereinen und Initiativen noch stärker zu unterstützen. Sie werden sich daher auf allen Ebenen dafür einsetzen, ehrenamtlich Tätige von aus dem Ehrenamt entstehenden Kosten zu entlasten, ausreichende Personalkapazitäten in der Verwaltung aufzubauen, um die Anliegen Ehrenamtlicher zur Erfüllung ihrer Aufgaben zügig und serviceorientiert bearbeiten zu können und die Anerkennungskultur ehrenamtlicher Arbeit im Bezirk auszubauen.

Die Partnerinnen werden sich gemeinsam dafür einsetzen, solche Projekte, Strukturen und Initiativen zu unterstützen und zu fördern, die der Integration und dem Empowerment von Menschen mit Migrationshintergrund dienen. Dies gilt sowohl für schon länger hier ansässige Personen wie für die Geflüchteten der vergangenen Jahre.

Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Förderung von Initiativen migrantischer Selbstorganisation sowie von Hilfe-Initiativen im Umfeld von Gemeinschaftsunterkünften.

Die Partnerinnen sehen es als eine zentrale Aufgabe des Bezirks Pankow an, die Geflüchteten zu integrieren. Sie betrachten die Integration Geflüchteter als eine gemeinsame fachübergreifende Querschnittsaufgabe aller Ämter des Bezirksamtes und werden im Rahmen ihrer Ressortverantwortung die zuständigen Fachressorts aktiv unterstützen.

Für ein gedeihliches Zusammenleben im Bezirk legen die Partnerinnen einen besonderen Schwerpunkt ihrer Arbeit darauf, im Umfeld von Unterkünften für Geflüchtete die notwendigen personellen und sächlichen Ressourcen zur Integration zur Verfügung zu stellen. Dazu gehören auch Maßnahmen der Umfeldverbesserung, die allen zugutekommen und den sozialen Zusammenhalt stärken, sowie die auskömmliche Bereitstellung von Angeboten der soziokulturellen Infrastruktur.

Die Informationspolitik im Zusammenhang mit der Einrichtung von Unterkünften für Geflüchtete werden wir evaluieren und weiterentwickeln.

Die Partnerinnen setzen sich gemeinsam für eine stärkere und verbindliche Einbeziehung der Bezirke bei Fragen der Unterbringung und Integration von Geflüchteten gegenüber der Landesebene ein. Sie setzen sich gemeinsam dafür ein, dass von der Landesebene zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, um diese zentrale Bezirksaufgabe der nächsten Wahlperiode erfüllen zu können.

4. Schule

Für den wachsenden Bezirk haben der Erhalt und die Schaffung öffentlicher Infrastruktur Priorität. Das trifft in besonderem Maß auf den Schulbereich zu. Die Parteien sind sich einig, dass der Sanierungsstau in den Schulgebäuden abgebaut werden muss und für die wachsenden Schülerzahlen schnell gute neue Schulen sowie Erweiterungsbauten für bestehende Schulen errichtet werden müssen.

Um die Herausforderungen in der laufenden baulichen Unterhaltung, beim standardgerechten Umbau / der Grundsanierung und dem Neubau zu bewältigen, setzen sich die Partnerinnen für folgende Maßnahmen ein:

- Verkürzung der Verfahren durch Abbau von Verfahrensschritten und Schnittstellen von der Bedarfsfeststellung bis zur Fertigstellung der Planungsunterlagen (Änderung in der ABau und LHO).
- Erneuerung der ausgelaufenen »Wirtschaftlichen Standards öffentlichen Bauens«, einheitlicher Planungsvorgaben für Schulbauten und des Planungshandbuches für Sporthallen.
- Erhalt der eindeutigen Zuständigkeit für die äußeren Schulangelegenheiten (Fachvermögen) im bezirklichen Schulamt. Partner für die Schulen und bezirklichen Gremien ist das Schulamt.
- Für die bauliche Unterhaltung und die Sanierung im Bestand (pauschale Investitionen) bleibt der Bezirk zuständig, Schulneubau (zielgerichtete Investitionen) und Errichtung schulischer Infrastruktur in neuen Stadtquartieren werden über die Landesebene realisiert und nach Fertigstellung in die Verantwortung des Bezirkes übergeben.
- deutliche Erhöhung der Haushaltszuweisung für bauliche Unterhaltung und pauschale Investitionen. Die Partnerinnen setzen sich dafür ein, dass die Mittel für Bauunterhaltung, Sanierung und Modernisierung zukünftig auskömmlich und gebündelt im Bezirkshaushalt eingestellt werden, sodass die Bezirke zuverlässig die Mittel verplanen und verausgaben können, anstatt in Form von Sonderprogrammen des Landes kurzfristig ausgereicht zu werden.
- Anhebung der Grenze für bezirkliche (pauschale) Investitionsmaßnahmen.
- Verbesserung der Personalausstattung im Schulamt und in der SE Facility Management.
- Bedarfsgerechte Ausstattung der Schulen mit Hausmeister- und Hallenwartstellen.
- Verbesserung der Information zu Baumaßnahmen in den Schulen und Beteiligung.

Die Partnerinnen werden die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule bei der Beteiligung der Schülerinnen und Schüler, bei der außerschulischen politischen und kulturellen Bildung, der Schulsozialarbeit, dem Kinderschutz und den einzelfallbezogenen Hilfen fortsetzen und ausbauen. Ebenso wird die Zusammenarbeit bei der Gestaltung der Übergänge von Kita in die Grundschule und von Oberschule zur Ausbildung und in der beruflichen Orientierung (Ausbildungsoffensive) vereinbart.

Die Partnerinnen wollen in der Jugendberufsagentur die Verzahnung zwischen den spezifischen Instrumenten der Jugendhilfe einerseits und des Jobcentern andererseits verbessern und die Transparenz der Strukturen und Entscheidungen sicherstellen. Ziel ist es, die Interessen und Aufgaben der Jugendhilfe im Jobcenter präsent zu machen und besser zu berücksichtigen.

Die Partnerinnen arbeiten darauf hin, dass sich die Schulen in die Kieze öffnen.

5. Kultur und Weiterbildung

Die Partnerinnen sind sich einig in dem Ziel, alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, Kultur- und Weiterbildungsangebote in Pankow zu sichern und zukunftsfähig zu machen, um sich den wandelnden Bedarfen entsprechend weiterzuentwickeln, und die Freien Szene zu unterstützen.

Sowohl bei Musikschule als auch bei der Volkshochschule stimmen die Partnerinnen darin überein, dass ein Angebotsabbau verhindert werden muss. Die Partnerinnen verständigen sich darauf, in diesem Sinne zuerst die aktuell aufgelaufenen Probleme bei der Musik- und Volkshochschule für den laufenden Haushalt zu lösen.

Die Partnerinnen setzen sich gegenüber der Berliner Landesregierung dafür ein, den Anteil der Festangestellten in Musik- und Volkshochschulen zu erhöhen. Bei der Volkshochschule soll angesichts absehbar wachsender Aufgaben, insbesondere für Integration und politische Bildung, der personellen Unterausstattung entgegengewirkt sowie die Gesamtausstattung verbessert werden.

Bei den Kulturimmobilien stimmen die Partnerinnen darin überein, dass Investitionen zur Herstellung der Barrierefreiheit notwendig sind und durch die Aufnahme in die Investitionsplanung und die Planung für bauliche Unterhaltung zu ermöglichen sind.

Die Partnerinnen sind sich einig in dem Ziel, dass auch für den Bereich Kultur und Weiterbildung ein Aufwuchs an Personal notwendig ist. Sollten dahingehende Entscheidungen auf der Landesebene getroffen werden, sind im Fachbereich Stadtbibliothek Stellen für die Wiedereingliederung der Ehrenamtsbibliothek »Kurt Tucholsky« und für das Schließen von Angebotslücken im Norden des Bezirkes zu schaffen. Die Partnerinnen werden die Realisierung des Kultur- und Bildungszentrums Buch für den Pankower Norden vorantreiben.

Die Angebote der bezirklichen Kultur- und Weiterbildungslandschaft in den Schwerpunkten Wachsende Stadt, Willkommenskultur, Inklusion, Politische Bildung, Digitale Welten müssen weiterentwickelt werden.

Darüber hinaus sind sich die Partnerinnen einig, dass für neu entstehende Wohnungsbaustandorte ab 1.000 Wohneinheiten auch die Versorgung mit kultureller Infrastruktur geklärt werden muss und neue Standorte bzw. Angebote und Einrichtungen mitgeplant werden sollten.

Die Partnerinnen werden sich gemeinsam dafür einsetzen, dass während der anstehenden Sanierungsmaßnahmen im Kulturareal im Thälmannpark möglichst viele Angebote weitergeführt werden. Langfristiges Ziel ist die konzeptionelle Weiterentwicklung dieses Kulturstandortes zur Steigerung der Attraktivität unter Wahrung des künstlerischen Profils.

Die Partnerinnen werden die Anstrengungen des Bezirksamtes zur Stärkung der Freien Szene in Pankow vorantreiben. Dazu sollen die kulturpolitischen Instrumente des Bezirkes weitergeführt werden und erweiterte Beratungsangebote, Kooperationen und neue Mitwirkungsgremien ermöglicht werden sowie bezirkliche, öffentliche Räume stärker für die Präsentation kultureller Angebote genutzt werden können.

II. Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten für das Bezirksamt, zum Vorstand der BVV und Geschäftsaufteilung

Die Partnerinnen unterstützen sich gegenseitig bei der Wahl folgender Personen für das Bezirksamt und die BVV:

1. als Bürgermeister Herrn Sören Benn (DIE LINKE)
mit der Abt. Kultur und Finanzen
2. als Stellv. Bürgermeister Herrn Jens-Holger Kirchner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
mit der Abt. Stadtentwicklung und Bürgerdienste
3. als Bezirksstadträtin Frau Rona Tietje (SPD)
mit der Abt. Jugend, Wirtschaftsförderung und Soziales
4. als Vorsteher der BVV Herrn Michael van der Meer (DIE LINKE)
5. als stellv. Vorsteherin Frau Ute Schnur (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

III. Interfraktionelle Zusammenarbeit

Die Partnerinnen werden in der BVV und im Bezirksamt vertrauensvoll und längerfristig zusammenzuarbeiten. Dabei sollen die politischen Interessen aller drei beteiligten Fraktionen berücksichtigt werden und auch öffentlich sichtbar werden können.

Die Partnerinnen informieren sich frühzeitig über gegebenenfalls bestehende oder entstehende unterschiedliche Vorstellungen und Positionen in wichtigen bezirklichen Angelegenheiten.

Zur Koordinierung der gemeinsamen Arbeit der Fraktionen, unter anderem, um gemeinsame politische Initiativen zu entwickeln bzw. voranzubringen, und zur Regulierung von Dissens sowie zur Findung und Abstimmung gemeinsam zu vertretender Positionen wird eine Abstimmungsrunde gebildet, die regelmäßig an einem Termin im Zyklus sowie bei Bedarf kurzfristig tagen wird. Jede der Partnerinnen kann Sitzungen des Gremiums außerhalb des regelmäßigen Turnus einberufen.

Die Abstimmungsrunde besteht aus den Vorsitzenden der Fraktionen und den jeweiligen Mitgliedern im Bezirksamt. In der Organisation wechseln sich die Partnerinnen ab. Die Fraktionsgeschäftsführerinnen und -geschäftsführer sind berechtigt, teilzunehmen. Des Weiteren können nach Absprache weitere Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu einer Sitzung hinzugezogen werden.

Halbjährlich und darüber hinaus nach Absprache trifft sich die Abstimmungsrunde in folgender Zusammensetzung: die Vorsitzenden der Parteien, die Vorsitzenden der Fraktionen sowie die Mitglieder des Bezirksamts.

Entscheidungen in der Abstimmungsrunde werden einstimmig getroffen. Kann nach erfolgten Verhandlungen zu einem strittigen Sachverhalt keine Einigung erzielt werden, wird sich über das weitere Vorgehen verständigt. Dies betrifft insbesondere die Kommunikationsstrategie, sich fair und ohne gegenseitige Beschädigung rechtzeitig über die nächsten Schritte zu informieren.

Die Sprecherinnen und Sprecher und Fachpolitikerinnen und -politiker der Fraktionen stimmen sich regelmäßig ab.

IV. Demokratischer Konsens

Die Partnerinnen verabreden gegenüber demokratie- und menschenfeindlichen, rassistischen und diskriminierenden Aktivitäten in und außerhalb der BVV eine enge und abgestimmte Zusammenarbeit. Diese Zusammenarbeit soll so weit wie möglich immer auch Partnerinnen außerhalb dieser Vereinbarung einschließen.

Die Partnerinnen wirken auf ihre Fraktionen in der BVV Pankow dahingehend ein, daß Initiativen rechtspopulistischer Kräfte in Pankow stets gemeinsam begegnet wird.

Pankow von Berlin, am

DIE LINKE. Pankow

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Pankow

SPD Kreis Pankow

Sören Benn
Bezirksvorsitzender

Dr. Cordelia Koch
Kreisvorsitzende

Dr. Felix Groba
Kreisvorsitzender

Knut Lambertin
Kreisvorsitzender